

Laibacher Zeitung.

Nr. 249.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Dienstag, 29. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Seiten 25 kr., höhere pr. Seite 6 kr.; bei älteren Wiederholungen pr. Seite 3 kr.

1878.

Mit 1. November

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung“.

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende November:
Mit Post unter Schleifen 1 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt 1 " —
Im Comptoir abgeholt 92 "
Für die Zeit v. 1. November bis Ende Dezember:
Mit Post unter Schleifen 2 fl. 50 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt 2 " —
Im Comptoir abgeholt 1 " 84 "

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungsschau.

Die Discussion der Schwierigkeiten, denen die Lösung der österreichischen Kabinettsskrise begegnet, hält natürlich in der Wiener Presse noch immer an. Dem „Fremdenblatt“ schiene es am rationellsten, wenn, da diese Schwierigkeiten in der verschiedenartigen Auffassung der äußeren Politik wurzeln, die Austragung der Krise so lange verschoben würde, bis die Delegationsverhandlungen zu einer Klärung der Situation geführt haben.

Die „Presse“ erklärt, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dürfe nie und nimmer von den wechselnden Stimmungen und nationalen Bedenken, wie sie sich in den dualistisch agierenden Vertretungen aufzuzeigen, abhängig sein. Die Occupationsfrage gestatte heute keine definitive Lösung. Sie sei diplomatisch nicht reif dazu, denn die Verhältnisse auf der Balkan-Halbinsel gestatten nicht, jetzt schon die Zweckmäßigkeit und Dauer der Occupation in Frage zu ziehen.

Die „Neue freie Presse“ meint, in einer allgemeinen Verhältnisse so sehr beherrschenden Frage, wie es die Occupationsfrage ist, wisse auch der unerfahrenste Abgeordnete Stellung zu nehmen. Sie sieht sehr traurige finanzielle Folgen der Occupationspolitik voraus und wirft die Frage auf, wie Ungarn die Kosten der letzteren erschwingen solle.

Die „Deutsche Zeitung“ macht es dem Freiherrn v. Pretis als Abgeordneten und als Finanzminister zur doppelten Pflicht, daß der für die occupierten Länder zu machende Aufwand, der „völlig absolutistischen“ Verwaltung des gemeinsamen Ministeriums aus den Händen genommen und strenger, verfassungsmäßiger Kontrolle unterstellt werde.

Das „Vaterland“ erklärt: „Die Versuche zu einer Kabinettssbildung und Aufführung eines politischen Programmes müssen erfolglos bleiben; in diesem Dualismus hat niemand mehr ein fruchtbare Programm, höchstens das Programm einer systematischen Weiterführung des dermaligen so unbefriedigenden politischen Zustandes.“

Parlamentarisches.

In der am 26. d. M. stattgefundenen ersten Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhaus wurde die Vertheilung der Referate bezüglich des Voranschlages für das Jahr 1879 vorgenommen und beschlossen, die einzelnen Kapitel den im Vorjahr mit der Berichterstattung betrauten Referenten zuzuteilen. Das Referat des verstorbenen Abgeordneten Dr. v. Berger (XVII. Kapitel, „Staatschuld“) wurde dem Abgeordneten Dr. v. Plener übergeben. Infolge dieses Beschlusses werden referieren:

Über die Kapitel I. Allerhöchster Hofstaat; II. Kabinettsschule Sr. Majestät; III. Reichsrath; IV. Reichsgericht; und V. Ministerrath: Abg. Dr. Kunka. VI. Verwaltungs-Gerichtshof: Abg. Dr. Herbst. VII. Ministerium des Innern: Abg. Dr. Giskra. VIII. Ministerium für Landesverteidigung: Abg. Dr. J. Groß. IX. Ministerium für Cultus und Unterricht, und zwar: A. Centralauslagen und Einnahmen: Abg. Dr. Wildauer. B. Cultus: Abg. Dr. Rodler. Religionsfonds-Förste und Domänen, Studienfonds-Förste und Domänen: Abg. Ritter v. Smarzewski. C. Unter-richt: Abg. Dr. Eduard Sueß. X. Ministerium der Finanzen: Finanzverwaltung: Abg. Dumba; allgemeine

Kassenverwaltung: Abg. Freih. v. Scharfmid; direkte Steuern: Abg. Dr. Klier; Zoll: Abg. Winkler; Verzehrungssteuer: Abg. Wolfrum; Salz: Abg. Dunajewski; Tabak: Abg. Dr. Juzyczynski; Stempel, dann Taxen und Gebühren von Rechtsgeschäften: Abg. Dr. Wegscheider; Lotte: Abg. Steffens; Mauthen, ferner Puncierung: Abg. Pauer; Dicasterialgebäude, Alerarial-Eisenbahnen, Fiskalitäten und Heimfälligkeit, Hof- und Staatsdruckerei in Wien, Remanenten von verkaufstem unbeweglichen Staatseigenthum: Abg. Steffens; XI. Handelsministerium: Centralleitung, Aichdienst, Postgesäße und Telegrafenanstalten: Abg. Gomperz; Hafen- und See-Sanitätsdienst, dann Renten-Regulierung: Abg. Max Freih. v. Kübeck. XII. Ackerbauministerium: Centralleitung: Abg. Skene; Forst- und Domänenwesen: Abg. Ritter v. Smarzewski; Montanwerke: Abg. Ritter. XIII. Justizministerium: Abg. Dr. Ritter v. Demel. XIV. Oberster Rechnungshof: Abg. Weiß v. Starkenfels. XV. Pensionsetat: Abg. Graf Bonda. XVI. Subventionen und Dotations: a) an einige Landessfonds und c) an einige Grundentlastungsfonds: Abg. Lienbacher; b) an Verkehrsanstalten: Abg. Dr. Herbst. XVII. Staatsschuld mit den Unterabtheilungen: Abg. Dr. von Plener. XVIII. Verwaltung der Staatsschuld: Abg. Dr. Kaiser.

Ferner wurde die Vorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Ausgabe von Goldrente zu Zwecken der Beschaffung eines Maximalbetrages von 25 Millionen Gulden für außerordentliche Bedürfnisse, dem Abgeordneten Dr. Giskra als Referenten zugewiesen.

An Stelle des verstorbenen Dr. v. Berger wurde sodann der Abgeordnete Dumba zum Obmann-Stellvertreter gewählt, und wurden die Referate der Abgeordneten Dr. Giskra über Petitionen und Professor Eduard Sueß über einen Theil des Centralrechnungsabschlusses pro 1876 ohne Debatte angenommen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. —

Der zur Vorberathung der Grundsteuernovelle niederge setzte Ausschuß hielt Samstag vormittags eine Sitzung, welcher der Herr Sectionschef im Finanzministerium Freiherr v. Distler beiwohnte.

Abg. Dr. Beer stellte den Antrag, die Berathung über die Grundsteuernovelle bis zur Einbringung der Daten bezüglich der heutigen Einstzähungsarbeiten durch die Regierung nicht auf die Tagesordnung des Hauses zu setzen.

Sectionschef Freiherr v. Distler erklärte, daß die Regierung in der Lage sein werde, die verlangten Daten bis 15. November d. J. vorzulegen, wonach der Vertagungsantrag des Abgeordneten Dr. Beer mit allen gegen eine Stimme angenommen und die Sitzung geschlossen wurde.

Die vom Neuen Fortschrittsklub an Freiherrn v. Pretis beschlossene Erklärung lautet:

„Eure Exzellenz! Die Mittheilungen, welche Eure Exzellenz wegen Bildung eines Ministeriums der Verfassungspartei bei einer stattgefundenen Zusammenkunft mehrerer Abgeordneten zu machen die Güte hatten, wurden in Ent sprechung des Wunsches Eurer Exzellenz dem Neuen Fortschrittsklub von den bei dieser Zusammenkunft anwesenden Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Hierüber hat der Neue Fortschrittsklub die beigeschlossene Resolution gefaßt, von welcher Eure Exzellenz zu verständigen ich mich beeindre. Mit vollkommenster Hochachtung z. z.“

Die in diesem Schreiben erwähnte Resolution lautet: „Der neue Fortschrittsklub erklärt über die einer Versammlung von Abgeordneten der Verfassungspartei von Sr. Exzellenz Freiherrn v. Pretis mitgetheilten Programm punkte eines Ministeriums der Verfassungspartei folgendes:

„Der Neue Fortschrittsklub kann dem seitens der gemeinsamen Regierung in der Frage der Occupation Bosniens und der Herzegowina den Vertretungskörpern gegenüber eingehaltenen Vorgang nur seine entschiedene Missbilligung ausdrücken, und betrachtet namentlich die Stabilisierung eines nach seinen staatsrechtlichen und finanziellen Folgen völlig unklaren Zustandes auf eine unbestimmte Zukunft unannehmbar.“

Der Neue Fortschrittsklub spricht es als seine Ueberzeugung aus, daß die Lasten des Heeresaufwandes für die Bevölkerung unerschwinglich sind, eine Herabminderung desselben aber vor allem eine Änderung des Wehrgesetzes zur Voraussetzung hat, und die Vorstellung einer solchen Gesetzesänderung, auch wenn dieselbe nicht sogleich in Wirklichkeit treten sollte, schon jetzt zulässig erscheint.

„Im übrigen würde der neue Fortschrittsklub der Bildung einer verfassungstreuen Regierung seitens des Freiherrn von Pretis sein Vertrauen entgegenbringen.“

Die politische Organisation der Occupationsländer.

Die politische Reorganisation Bosniens und der Herzegowina nahm sofort nach der Einnahme von Serajewo durch die österreichisch-ungarischen Truppen ihren Anfang. Während der Belästigung des Widerstandes mußte diese wichtige Arbeit natürlicherweise in zweiter Linie stehen. Am 21. August mußten die Truppen in Serajewo durch einen Speisen- und Getränketarif für alle Gast- und Kaffeehäuser vor der Ausbeutung durch Wirths und Cafetiers geschützt werden. Gleichzeitig mußte eine Fixierung der Getreidepreise plakatieren. Am selben Tage wurde mit der Erlassung eines provisorischen Gemeindestatuts für Serajewo, dann der Ernennung von 18 Gemeinderäthen, worunter jener des Bürgermeisters, der erste Schritt auf dem Gebiete der politischen Reorganisation gemacht. Am 26. August wurde die Todtenbestattung im Innern der Stadt verboten, die Anlage neuer Friedhöfe außerhalb der Stadt angeordnet. Gegen die Ausschreitungen der Lebensmittelverkäufer mußte am 27. August ein Verbot der Uebertheuerung erlassen werden. Darauf folgte, 3. Oktober, die Aufhebung des Ausfuhrverbotes, die Anweisung wegen Nachforschungen betreffs des ermordeten Konsuls Perrot, die Einsetzung einer Behördekommission, die Regelung des Geldverkehrs, die Gast- und Kaffeehausperre von 10 Uhr an, das Verbot von Versammlungen, Vereinen und Kirchenmäjbrauch; ferner wurde einem Berichter der „Bosn. Kor.“ zufolge am 19. d. M. ein provisorisches Statut für die Errichtung einer Polizeidirection in Serajewo erlassen.

Dieses Polizeistatut hatte sich während der Zeit seit der Erlassung des Gemeindestatutes für Serajewo als unerlässlich herausgestellt, um die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu halten. Der Gemeinderath hatte sich in den seit seiner Einsetzung verflossenen sechs Wochen durch besten Willen und rastlosen Eifer um das Wohl Serajewo's und der daselbst stationierten k. k. Truppen verdient gemacht; allein es mangelte demselben jedwede Praxis in autonomer Verwaltung und er vermochte beim besten Willen weder im eigenen Wirkungskreise als Gemeindevertretung, noch im übertragenen Wirkungskreise als politische Behörde den an ihn sich herandrängenden massenhaften und zum großen Theile völlig neuen Anforderungen zu genügen. Überdies hatte dem Gemeinderath aus naheliegenden Gründen keine Strafbefugnis ertheilt werden können, weshalb er seiner Executive keinen gehörigen Nachdruck zu geben vermochte. Infolge dessen machte sich allgemein das Bedürfnis nach einer Institution geltend, welche befähigt wäre, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Diesem Bedürfnisse wurde Seine Exzellenz FML Baron Philippovich durch die Erlassung des erwähnten provisorischen Polizeistatutes gerecht.

Auch auf den übrigen Gebieten der politischen Reorganisation wurde inzwischen eine zwar stille, aber rastlose Thätigkeit entfaltet. Unbeschadet der obersten Leitung aller Operationen gegen die Aufständischen hielt Se. Exzellenz FML Baron Philippovich wiederholte Berathungen mit seinem Ziviladlatus Hofrathe Roith, den Vizegespannen Majzuranic und Kovacevic, den Bezirkvorstehern Kasumovic und Zalula, dem Bezirkshauptmann Balhem, dem Banaltafelrathe Hrubi, dem Oberfinanzrathe Bodovinac, dem Sekretär Sertic, den Concipisten Poturic und Hörmann so wie Graf Pace und Cavalek über zahlreiche andere organisatorische Bestimmungen, wie das Gemeinde- und Landes-Organisationsstatut für Bosnien und die Herzegowina, welch' letztere Arbeit in der am 19. d. M. stattgefundenen letzten Sitzung beendet wurde.

Die Lösung der italienischen Ministerkrise.

Die italienische Ministerkrise hat ihren vorläufigen Abschluß erhalten. Cairoli, der bis vor kurzem Minister ohne Portefeuille gewesen und erst in der jüngsten Zeit, kurz vor seinem Ausfluge nach Pavia, das wieder rekonstruierte Ackerbauministerium über-

nehmen sollte, hat provisorisch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen und behält dieselbe vorderhand. Das Portefeuille des Ackerbaues soll in die Hände eines Parteigenossen übergehen, und es wurde als solcher der Deputierte Speziale genannt. Das Ministerium des Krieges hat General-Lieutenant Bonelli übernommen, ein tüchtiger und gelehrter Offizier, der in der Artilleriewaffe gedient und bisher politischen Actionen ziemlich ferne gestanden. Das Marineministerium hat Brin übernommen, dessen Name schon wiederholt bei Minister-Combinationen genannt wurde und der auch kein Neuling im Kabinette ist. Er gehört ebenso wenig wie Bonelli einer scharf ausgesprochenen politischen Parteirichtung an. Die endgiltige Reconstruction des Kabinetts wird voraussichtlich erst nach dem Wiederzusammensetzen der Kammern stattfinden, wenn Cairoli über die Majorität derselben verfügt. Um dieser so viel wie möglich sicher zu sein, unterhandelt er unausgesetzt mit den verschiedenen Fraktionen der Linken, und er soll auch bereits von der wichtigsten derselben, der Fraction Depretis, die Zusicherung der Unterstüzung erhalten haben. Dies wäre insofern wichtig, als die Gruppe Depretis regierungsfähige Elemente in sich schließt.

Die Organe der Consorteria sind einverstanden mit der Wendung, welche die Krisis genommen hat. Sie sagen, das Ministerium Cairoli sei durch eine parlamentarische Bewegung an das Staatsruder gebracht worden, und es sei der einzige und allein correcte Weg, den die Opposition eingeslagen könne, wenn sie wieder im Parlamente das Ministerium zu Falle zu bringen suche. An Anhaltspunkten hiezu fehle es nicht, dieselben seien in der inneren Politik, welche Herrn Cairoli beliebe, geboten. Die Art und Weise, wie er das Versammlungsrecht in einer für den Staat und die Dynastie bedenklichen Weise gewähren lasse, könne auch von der liberalen Partei, welche die friedlichen Beziehungen der Monarchie zum Auslande und die Consolidierung des Staates im Innern wünsche, nicht ruhig hingenommen werden. Erstere seien durch das Treiben der Vereine für Italia irredenta gefährdet, letztere durch die Schützenvereine, die Circoli Barsanti, die ein ausgesprochen republikanisches Programm haben und notorisch die Destruction der Armee bezeichnen.

Die Kammern sollen auf den 15. oder 18. November einberufen werden.

Die bulgarische Erhebung.

Noch fehlen die Details über den Aufstand, welcher unter den Bulgaren Mazedoniens ausgebrochen ist und schon in den wenigen Tagen seines Bestehens ziemlich bedeutende Dimensionen angenommen zu haben scheint. Jedenfalls aber sprechen die Bevölkerungen, denen man sich in Konstantinopel hingibt und die nach einer Meldung aus Konstantinopel schon zu diplomatischen Schritten der Pforte geführt haben sollen, für den bedenklichen Charakter dieser neuen insurrectionellen Bewegung. Vielleicht wird man in türkischen Regierungskreisen jetzt zur Erkenntnis des politischen Fehlers gelangen, der in der Verzögerung einer raschen Durchführung aller Bestimmungen des Berliner Vertrages lag. Hätte die Politik der Pforte im Sinne des Vertrages Griechenland gegenüber verhülltlichere Bahnen eingeschlagen, und wäre es ihr dadurch gelungen, das griechische Element in Mazedonien näher an sich heranzuziehen, so würde sie jetzt eines werthvollen Gegengewichtes gegen panbulgarische Tendenzen, denen die übrige Bevölkerung bisher passiv gegenüberzustehen scheint, allem Ermessens nach nicht entbehren.

Über die schon lange geplanten Vorbereitungen zum Ausbrüche der bulgarisch-mazedonischen Insurrection schreibt man der „Pol. Kor.“ aus Sofia vom 16. d. M.:

„Eine neue, allem Anschein nach große bulgarische Bewegung ist im Anzuge begriffen. Seit einigen Wochen bereits waren Gerüchte von geheimnisvollen Vorgängen hinter den Coulissen verbreitet, ohne aber rechten Glauben zu finden. Man flüsterte von Waffentransporten nach Thraxien und Mazedonien, die auf ungeheuren Umwegen an ihre Bestimmungsorte gelangen. Man sprach von Freiwilligen, die in allen Städten und Dörfern unbeküllt von den Behörden angeworben werden. Vor zehn Tagen begannen die Družinas sich plötzlich zu lichten. Von einer Fahnenflucht der bulgarischen Milizen konnte kaum die Rede sein, da alle Merkmale einer pflichtwidrigen That fehlten. Die jungen Krieger entfernten sich nicht etwa bei Nacht und Nebel, sie wurden nicht verfolgt, obwohl die Richtung, die sie einschlugen, den Vorgesetzten wohlbekannt war. Nunmehr ist der Schleier gefallen, und alle Welt weiß, daß die „bulgarische Nation“ sich zu einem neuen Kampfe rüste, als dessen Ziel die Verwirklichung des Panbulgarismus bezeichnet wird. Es sollen bereits gegen 15,000 Streiter angeworben worden sein. Der „Einheitskampf“ soll vor allem in Mazedonien ausbrechen, wo durch die türkische Miswirtschaft das Terrain allerdings in ausgiebiger Weise vorbereitet wurde.“

„Das Kommando in dieser Provinz wird der Wojwode Petko übernehmen. Geboren in einem in

der Nähe von Salonichi gelegenen Dorfe, zeichnete sich Petko in seinen ersten Jugendjahren durch tadellosen Lebenswandel und friedliche Gesinnung aus. Als jedoch seine Schwester von dem Kaimakam von Salonichi entführt und zur Annahme der muhammedanischen Lehre verleitet wurde, da schwor Petko dem türkischen Regiment ewige Rache. Er ging nach Adrianopel, warb eine Schar „Gesetzesverächter“ an und wurde — Haram-Bascha, d. h. Führer von Haiduken. Auf des gefürchteten Petko Kopf wurden oft große Preise ausgeschrieben, aber von niemandem erlangt; die Truppen vermochten nicht seiner Person haft zu werden. Den Russen leistete die Schar Petko's als Wegführer wesentliche Dienste. Ein Missverständnis und die Bemühungen des englischen Konsuls in Philippopol hatten die Verhaftung Petko's durch russische Gendarmen zur Folge. Von dem Gerichte freigesprochen, befindet er sich jetzt auf dem Wege nach seinen heimatlichen Bergen, nach Mazedonien, um den Oberbefehl über die Insurgenten zu übernehmen. So viel hier bekannt ist, sollen leichtere bereits die ansehnliche Stärke von 6000 Mann erreicht haben.“

„Eine Schar von Insurgenten ist auch nach den Schlachten der Schipka ausgebrochen. Für diese Schar wurde die Mannschaft überall, auch im Kreise von Sofia, geworben. Von den reichen Bulgaren wurden ansehnliche Summen gespendet, um die Insurgenten entsprechend auszurüsten. Als Anführer der erwähnten Schar nennt man Pavel Iwanoff und Stanko Lubenoff.“

„Wenn man hier die Frage aufwirft, gegen wenn sich diese neue bulgarische Erhebung richtet, so antwortet jeder intelligente Bulgar: „Gegen den Berliner Vertrag!“ In zahllosen bulgarischen Versammlungen wird die Frage der Vereinigung aller Bulgaren discutiert. Man weist auf den Zürcher Frieden hin. Dieser schuf ein dreigethaltes Italien, die Italiener erhoben sich, ein einheitliches Italien kam zu stande, und der Zürcher Vertrag blieb ein todter Buchstabe. Der Berliner Vertrag müsse in allen jenen Bestimmungen, die sich auf das bulgarische Volk beziehen, ebenfalls gegenstandslos werden. Die Geistlichen, welche in Bulgarien das große Wort führen, gaben der neuen nationalen Unternehmung ihren Segen und versprachen, Geldbeiträge zu diesem Zwecke zu sammeln. „Die Klöster werden alle ihre kostbaren auf den Altar des Vaterlandes niederlegen,“ äußerte sich ein Archimandrit. Und so geht man an das Werk, beseelt von übertriebenen Hoffnungen. Nur die Geschäftsleute theilen den allgemeinen Jubel nicht. Dieselben schreien vor neuen Verwicklungen zurück, unter welchen der Handel wiederum stark leiden dürfte.“

Neugesneigkeiten.

— (Der Mord beim „Wilden Mann“ in Wien.) Am 25. d. M. wurde bekanntlich der Prozeß, welcher in Wien ein äußerst lebhaftes Interesse hervorgerufen hatte, nach mehrjähriger Verhandlung zum Abschluß gebracht. Wie unseren Lesern bereits bekannt sein wird, wurde am Morgen des 3. April d. J. die Prostituierte Katharina Ballogh in ihrem Zimmer, welches sie im „Wilden Mann“ innehatte, tot aufgefunden. Nach längeren Recherchen nach dem Urheber der Mordthat, da ein Selbstmord ausgeschlossen war, wurde auf den Verdacht hin, welchen die Mitbewohnerinnen der Ballogh, Rosa Spauberg, Johanna Gudovitz und Katharina Steiner auf den Kadetten Tizacsek zu lenken wußten, dieser verhaftet, doch stellte die eingeleitete Untersuchung dessen Schuldlosigkeit vollkommen klar. Die Widersprüche, in welche die obigen drei Frauenspersonen bei ihren Vernehmungen sich verwickelten, rissen jedoch den Verdacht hervor, daß dieselben, wenngleich vielleicht nicht die wirklichen Thäterinnen, so doch mindestens schwer gravierte Mitzschuldige sein müßten. Auf Grundlage der vom Untersuchungsrichter gesammelten Daten wurde denn auch vom Staatsanwalte Dr. v. Pesser gegen die Katharina Steiner und Johanna Gudovitz die Anklage wegen gemeinen Mordes, gegen Rosa Spauberg der Mitzschuld am Mord erhoben. Die mehrjährige Verhandlung förderte Episoden und Details aus dem Schlamme des Lebens einer großen Weltstadt zutage, welche ein gar grettes Licht auf die Sittenzustände gewisser Kreise werfen, und dennoch, so unglaublich es klingt, war der Zudrang seitens der Damenwelt — und nicht gerade aus jener, welche die Halbwelt genannt wird — ein überaus zahlreicher, trotzdem jedermann wußte, daß Dinge zur Sprache kommen werden, die, ohne zu erröthen anzuhören, für Damen unmöglich sein sollte. Wir wollen von der Verhandlung selbst, welche ja ein intensiveres Interesse nicht verdient, blos den Abschluß zur Kenntnis unserer Leser bringen. Der Verlauf der Verhandlung bewog den Staatsanwalt Dr. von Pesser bezüglich der Rosa Spauberg von der Anklage der Mitzschuld am Mord zurückzutreten, und wurde diese Angeklagte infolge des Gerichtsbeschlusses auch allgemein in Freiheit gesetzt. Nach glänzenden Reden des Staatsanwaltes und der beiden Bertheidiger der andern zwei Beschuldigten hat die Jury nunmehr am 25. d. das Verdict auch über diese gesprochen. Dasselbe lautet bezüglich der Katharina Steiner auf „schuldig“, bezüglich der Johanna Gudovitz freisprechend. Der Gerichts-

hof verurtheilte daher die Katharina Steiner wegen meinen Mordes, begangen an der Katharina Ballogh, zum Tode durch den Strang.

— (Eine vergiftete Priese.) Vorigen Sonntag, abends um 6 Uhr, kam zu dem Grundbesitzer Adalbert Brabec in Bawobrest ein unbekannter Mann, der sich für einen Reisenden aus Linz ausgab und um eine Fahrgelegenheit nach Budweis, woselbst er auf dem dortigen Bahnhofe Braunitweinsorten deponiert haben wollte, erschien. Diese Fahrgelegenheit hat ihm der Grundbesitzer's Sohn Paul Brabec beigestellt. Gleich hinter dem Dorfe bot dieser unbekannte Mann dem neben ihm sitzenden Paul Brabec, nachdem er ein Fläschchen aus der Tasche genommen und zum Scheine daran getrunken hatte, zum Kosten an. Da jedoch dem Grundbesitzer's Sohn der Trank nicht mundete, gab er das Fläschchen, ohne die Flüssigkeit hinuntergeschluckt zu haben, zurück. Nach einer Weile griff der Fremde wieder in die Tasche, nahm eine Tabakdose heraus und nachdem er zum Scheine geschupft, reichte er dieselbe dem Paul. Dieser nahm eine Priese, und kaum hatte er geschupft, wurde er bewußtlos, verfiel in einen festen Schlaf, und was weiter mit ihm geschah, ist er nicht in der Lage anzugeben. Erst des anderen Tages kam er auf den bei Bierhöf und Hadelhöf im Budweiser Kreise gelegenen Feldern zum Bewußtsein. Der Fremde war mit der Fahrgelegenheit im Werthe von 450 fl. verschwunden. Der Strolch, ein ungefähr 40jähriger Mann, scheint diese frechen Gaunerstreiche professionell zu betreiben, denn innerhalb eines Zeitraums von ungefähr zwei Monaten ist Brabec das dritte Opfer, dem er auf die erzählte Art Fahrzeuge geraubt.

— (Fest in Versailles.) Aus Paris, 23ten d. M., wird gemeldet: Das gestrige Ball- und Parkfest in Versailles wurde bei aller Großartigkeit der Feiersezung durch zwei Momente schwer beeinträchtigt: in Garten hatten die heftigen Regengüsse und Windstöße des Tages den Boden durchweicht und die Vorbereitungen für die Illumination und das Feuerwerk zu nicht geringem Theile verdorben; im Schlosse selbst wiederum waren die Vorbereiungen für den Empfang der Gäste, für die Garderobe und Circulation so mangelhaft, daß in diesen Räumen, die sich wahrlich wie kleine anderen der Welt zu einem Riesenfest eignen, ein Ball der Elite der europäischen Gesellschaft sich in ein müßiges Menschenhäufel, einstellenweise lebensgefährliches Gedränge und eine schließlich allen Genusses bare Unterhaltung, ja bei der Unmöglichkeit, seiner Überkleider oder seines Wagens habhaft zu werden, in eine unfreiwillige Gefangenshaft verwandelte. Ganz Paris hält heute von den Klagen über die äußersten Arrangements für dieses Fest wiederum ordentlich prächtig, was freilich schon die für einen solchen Zweck unvergleichliche Deutlichkeit mit sich brachte. Den Mittelpunkt bildete die von 24 Kronleuchtern mit je 70 Kerzen und 52 Candelabern beleuchtete Spiegelmöbel. Außer ihr waren noch sechzehn Säle und die umfangreichsten Nebenräume dem Publikum übergeben. Der Präsident der Republik, seine Gemalin und ihre königlichen Gäste, der Prinz und die Prinzessin von Wales, das Kronprinzipalische Paar von Dänemark u. s. w. hatten mit den Ministern, dem diplomatischen Corps und den sonstigen Großwürdenträgern ihr Hauptquartier in dem Salon de la Guerre aufgeschlagen und zeigten sich der profanen Welt nur in einem ziemlich flüchtigen Rundgange. Der Schloßhof strahlte taghell im elektrischen Lichte; der Park war so stattlich, als nur das Wetter erlaubt hatte, illuminiert, und auch das Feuerwerk, welches für die meisten Gäste zu früh abgebrannt wurde, verdient alles Lob. An exotischen Gästen bemerkte man Araber, Neger, Chinesen, Japaner und auch manche fremdartige europäische Uniform; ein Gesamtbild hatte man aber eigentlich nirgends, da der Aufenthalt in der Spiegelmöbel, selbst wenn man ihn ertragen hätte, bei der dort herrschenden Hitze nur für einige Minuten möglich und an ein behagliches Bleiben nicht zu denken war. Heute erhalten die Blätter folgende amtliche Note, die keines Commentars bedarf: „Die Personen, welche auf dem Ball vom 22. ihrer Kleidungsstücke aus der Garderobe nicht zurückgehalten konnten, werden gebeten, sie im Versailler Schloß abzuholen. Von Freitag früh ab werden die nicht abgeholtene Eßelten nach dem Elysépalaste gebracht und dort ihren Eigentümern von 9 Uhr morgens bis fünf Uhr abends zur Verfügung gestellt.“

— (Stolz lieb' ich den Spanier!) Der famose Lopez Alvar, Torreador des Circus von Cartagena, verächtigt, sich seine Siege über die Stiere mit einer Pausa, die er in eine Lösung von Blausäure getaucht, erleichtert zu haben, erließ an seine Feinde folgende Declaracion: „Ich, Lopez Alvar y Alvar, seit elf Jahren der erste Degen des Circus in Cartagena, der vierhundert und drei Stiere in den Sand gestreckt, fordere meine Reider und Verleumder feierlich heraus, mit mir in die Arena niederzusteigen. Ich will das Thier mit dem Degen bekämpfen, den sie mir selber eingehändigt haben werden. Ihnen hinwieder sei nach ihrem Wunsche und Willen gestattet, den Stier mit einem in Blausäure getauchten Degen anzugreifen; wir wollen dann sehen, welche bessere Figur spielen werde.“

Locales.

Krainischer Landtag.

14. (Schluß-) Sitzung.

Laibach, 16. Oktober.

(Schluß.)

XIV. Der Abg. Potočnik berichtet namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Umlegung der Straße über den Auersperger Berg und beantragt, der Landtag wolle beschließen:

1.) Der Landesausschuss wird angewiesen, die geplanten Einleitungen zu treffen, damit der Bau der Achazbergstraße noch im heurigen Jahre seiner Verbindung zugeführt werde, zu welchem Behufe die erforderlichen Vorschüsse aus dem Landesfonde zu erzielen sind. Nach Beendigung des Gesamtbaues ist derselbe einer eingehenden Collaudierung zu unterziehen und ist das diesjährige Ergebnis dem nächsten Landtag vorzulegen, wobei gleichzeitig der Antrag wegen Aufbringung des Erfordernisses zur Refundierung der vom Landesfonde vorschußweise gezahlten Geldbeträge zu stellen sein wird;

2.) der Landesausschuss hat die im Interesse der Umlegung der Straße in Gubnische nothwendigen Einleitungen sofort zu treffen und besorgt zu sein, daß mit der Bau ehetümlichst zur Ausführung gelange;

3.) der Landtag genehmigt, daß die Conservierung der fertigen Straße vorläufig auch noch weiters in den unmittelbaren Obsorge des Landesausschusses verbleibe, daß der erforderliche Straßenschotter im Licitationswege beigeschafft, sowie daß Straßeneinträumer bestellt und alle die hiefür erforderlichen Kosten vor schußweise aus dem Landesfonde bestritten werden. (Angenommen.)

XV. Abg. Freiherr v. Apfaltzern referiert namens des Finanzausschusses über die Petition der Baumunternehmer Bafranić und Belić um Mehrvergütung der Durchbruchsarbeiten bei Umlegung der Straße über den Auersperg und beantragt, ihnen 3000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

XVI. Abg. Dr. Den berichtet namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses über seinen Antrag wegen Vertheilung der Gemeindehutweiden und beantragt, der Landtag wolle beschließen:

Der Landesausschuss werde beauftragt, dem Landtag in der nächsten Session zwei Gesetzentwürfe bezüglich Ablösung (Vertheilung) der Gemeindehutweiden und behufs Regelung der Miteigenthumsrechte der Wechselgründe unter Zugrundelegung nachstehender Grundsätze vorzulegen.

1.) Die Ablösung (Vertheilung) von Gemeindehutweiden soll auf Verlangen (Provocation) eines oder mehrerer Theilhaber derart durchgeführt werden, daß den Provocanten der ihnen mit Rücksicht auf die Vertheilung ihrer Gerechtsame gebürende Anteil am Grund und Boden aus dem gemeinschaftlichen Gute ausgeschieden werde; der nach dieser Ausscheidung übrig gebliebene Anteil hingegen den übrigen Theilhabern als gemeinschaftliches Gut zu verbleiben habe;

2.) inwiefern einzelne Gemeindegründe oder Theile derselben vermöge ihrer besondern wirtschaftlichen Eigenthümlichkeit oder vermöge ihrer Bestimmung zu außerbewirtschaftlichen Zwecken, so z. B. Alpen, Sandbänke, zum Uferschutz dienendes Terrain, zur Forstfultur bestimmte oder zu diesem Zwecke in Bann gelegte Gründe etc., aus national-ökonomischen Rücksichten von der Ablösung ausgeschlossen sein sollen, wird nach obwaltenden Umständen dem Erkenntnisse der competenten Behörde anheimzustellen sein;

3.) den Provocanten ist der ihnen gebürende Anteil in der Regel als ein concretum in natura auszuweisen und unter die Provocanten in natura aufzuteilen. Nur ausnahmsweise kann im Wege des Uebereinkommens, welches jedoch der behördlichen Genehmigung bedarf, die Ablösung im Gelde geschehen; im Eremittungswege kann die Geldablösung nur theilweise zur Ausgleichung der Werthoifferenzen der einzelnen Anteile geschehen;

4.) bei der Zuweisung der Anteile ist so viel möglich auf die Arrondierung der Grundstücke zu nehmen;

5.) das Maß der auszuscheidenden und aufzuhebenden Anteile ist nach den obwaltenden Genußverhältnissen zu erheben; im Zweifel ist die Höhe der Grundsteuer, welche die einzelnen Nutzungsberechtigten beladen, zur Grundlage zu nehmen;

6.) inbetreff der Miteigenthumsverhältnisse der Wechselgründe wird die Regelung aus öffentlichen Rücksichten imperativ, d. i. von amtswegen vorzunehmen sein;

7.) zur Ablösung und Regelung dieser Verhältnisse sind wegen der obwaltenden öffentlichen Rücksichten die politischen Behörden berufen;

8.) bei der Durchführung der Ablösung und Regulierung dieser Verhältnisse findet das Verfahren nach dem Patente vom 5. Juli 1853 sinngemäß statt. Luckmann beantragt, es solle im Absatz 5 statt Abg. "Genußverhältnisse" heißen: "Genußrechte." Die Anträge des Ausschusses werden mit dem Absatz des Abgeordneten Luckmann angenommen.

XVII. Abg. Dr. v. Schrey berichtet namens des Verificationsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Bleiweis wegen Erzielung einer gesetzlichen Norm, betreffend die Einrechnung des Drittel-Steuerszuschlages in den Wahlcenjus. Referent weist darauf hin, daß der Gegenstand die Landtags-Wahlordnung tangiere, jedoch nicht sehr dringlich sei, daher er beantrage, denselben dem Landesausschusse zur Prüfung und Berichterstattung zuzuweisen. Wird angenommen.

XVIII. Abg. Deschmann referiert namens des Finanzausschusses über die Petitionen der Fabritschule in Gottschee um eine Subvention, und des Ortschulrathes Gürkfeld um Lehrergehalsaufbesserung. Erstere wird dem Landesausschusse zur Berichterstattung zu gewiesen; letztere hat durch die Feststellung des Normal-schulfondspräliminaires ihre Erledigung gefunden.

XIX. Abg. Dr. Den referiert namens des Gemeinde-Ausschusses über die Petition der Gemeinde Birkniž um Bewilligung eines 32perz. Zuschlages zu allen direkten Steuern im Jahre 1879, und beantragt, dieselbe dem Landesausschusse mit dem Auftrage zuzuweisen, sobald die bisher noch mangelnden Belege beigebracht werden, die Einhebung des Zuschlages zu bewilligen.

Der k. k. Landespräsident Ritter von Kallina spricht sich gegen das Einschleichen der Uebung aus, ohne genügende Prüfung der Behelfe im letzten Augenblick Zuschläge bedingungsweise zu bewilligen, und er sucht die Landesvertretung, streng daran festzuhalten, daß sowol Gemeinden als Concurrentia-Ausschüsse ihre Beschlüsse wegen Umlagen derart rechtzeitig zu stande bringen, daß deren Vorlage an den Landesausschus erfolgen könne und der Landesvertretung genügend Zeit bleibe, die vom Landesausschus ihr vorgelegten gesetzlichen Behelfe selbst zu prüfen.

Der Antrag des Ausschusses wird hierauf angenommen.

Hiemit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Landeshauptmann wirft nun in längerer Rede einen Rückblick auf die verflossene Landtagssession und dankt den Abgeordneten für ihre Mühe und Opferwilligkeit bei den schwierigen Arbeiten. Weiters dankt der Landeshauptmann dem Herrn Regierungsvertreter für die sachliche Theilnahme, die er an den Verhandlungen des Landtages genommen. Der Landeshauptmann betont weiters, daß er stets bestrebt gewesen sei, nach bestem Willen und Gewissen seinen Platz auszufüllen, wenn er sich jedoch Unterlassungshünden habe zuschulden kommen lassen, so bitte er das h. Haus um Rücksicht. Auf die künftige Thätigkeit des neuwählten Landesausschusses hinweisend, gibt der Vorstehende im Namen der Majorität des Hauses die Erklärung ab, derselbe werde stets gerecht vorgehen und die nationale Gleichberechtigung streng achten. Der Landeshauptmann erinnert schließlich an den erhebenden Moment der heutigen Sitzung, wo das ganze Haus einmütig seinen Patriotismus betätigt habe, und lädt dasselbe ein, auch jetzt in ein dreifaches Hoch und Slava auf Se. Majestät den allernäächtesten Kaiser einzustimmen. (Stürmische Hoch- und Slavarufe der Abgeordneten und des Publikums.)

Abg. Freiherr von Apfaltzern dankt in warmen Worten namens des ganzen Hauses dem Landeshauptmann für seine rastlose Thätigkeit im Interesse des Landes. Nicht allein als Vorsitzender des Landtages, sondern auch in allen Ausschüssen habe der Landeshauptmann mit einer Aufopferung mitgearbeitet, die ihm den Dank jedes Bewohners unseres Heimatlandes sichert. Redner knüpft schließlich die Bitte an, der Herr Landeshauptmann möge auch fernerhin seine Kräfte dem Lande wie bisher widmen, und der Himmel möge ihn noch viele Jahre erhalten. (Beifall)

Der Landeshauptmann dankt hierauf nochmals und gibt die Versicherung ab, stets für das Wohl des Landes thätig sein zu wollen.

Der k. k. Landespräsident Ritter von Kallina dankt im Namen der Regierung den Abgeordneten für die Hingabe, mit welcher sie im Interesse des Landes thätig gewesen waren, und spricht die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, das angestrebte Ziel: die herrschenden Gegensätze im Lande auszugleichen, zu erreichen. Das freundliche Entgegenkommen, welches ihm seitens so vieler ausgezeichneter Männer der Landesvertretung zutheil geworden, werde ihn in die Lage setzen, manches Missverständnis zu beseitigen und die wünschenswerthe Verständigung herbeizuführen. Der Landespräsident verabschiedet sich schließlich mit einem herzlichen Lebewohl von den Abgeordneten, indem er der Hoffnung Ausdruck gibt, im nächsten Jahre alle, zu erneuter Thätigkeit versammelt, wieder begrüßen zu können.

Hierauf erklärt der Landeshauptmann mit einem dreifachen Hoch und Slava auf Se. Majestät den Kaiser, in welches das Haus begeistert einstimmt, die erste Session des krainischen Landtags für geschlossen.

Schluß der Sitzung 5½ Uhr nachmittags.

— (Aus dem Landesausschusse.) In der am 25. d. M. stattgefundenen Sitzung des krainischen Landesausschusses wurde folgendes beschlossen: Den Anträgen der verstärkten Ortschulräthe inbetreff der Besetzung der Lehrerstelle an der Volksschule in Bründel und wegen Definitiverklärung der beiden provisorischen Lehrerinnen an der Volksschule in Gottschee wurde bestimmt. Mehrere Rückstände an Krankenversieglosten wurde beschlossen, im gerichtlichen Wege einzubringen. Mit dem k. k. Landeschulrathe wurde vereinbart, daß derselbe die Zahlungsanweisungen an die Landeskasse ausfertige wegen Erfolglassung von Subventionen aus dem Normalfonds für Schulhansbauten auf Grund und unter Beobachtung des mit dem Landesausschusse wegen der Subvention geslogenen bezüglichen Einvernehmens. Auf Grund der infolge eingelangter Gegenanträge an Ort und Stelle kommissionell geslogenen Erhebungen über die im Weiterbau der Achazbergstraße von Piauzbüchl einzuhaltende Trace wurde das schon früher angenommene Projekt beibehalten, daß die Straße nicht über Gubnische, sondern über den Morast weitergeführt und an die Straße von Brundorf nach Stoßelza angeschlossen werde. — Außerdem wurden noch mehrere Straßen-, Gemeinde- und Personalangelegenheiten erledigt.

— (Schenkung.) Der pensionierte Oberleutnant Herr Franz Josse hat dem Laibacher Stadtmagistrat eine Silverrente-Obligation per 100 Gulden mit der Widmung übergeben, daß die Interessen derselben halbjährig zur Unterstützung hiesiger Stadttarne verwendet werden. Der Laibacher freiwilligen Feuerwehr übergab der genannte Herr in Anerkennung ihrer Wirklichkeit den Betrag von 200 fl. in Rentenobligationen.

— (Die Handels- und Gewerbekammer für Krain) hält morgen um halb 6 Uhr abends im städtischen Magistratsaal eine öffentliche Sitzung mit nachstehender Tagesordnung ab: 1.) Vorlage des Protokolls der letzten Sitzung. 2.) Geschäftsbericht. 3.) Berichte der ersten Section: a) über den Voranschlag für das Jahr 1879; b) über die Zuschrift der Handels- und Gewerbekammer in Graz, betreffend die Ausdehnung des einjährigen Freiwilligendienstes; c) über die Zuschrift der Handels- und Gewerbekammer in Graz, betreffend eine Petition um Befreiung der Personal-Einkommensteuer von allen wie immer gearteten Zuschlägen und Umlagen. 4.) Berichte der zweiten Section: a) über eine Petition an das h. k. k. Handelsministerium, betreffend die Unterkrainer Eisenbahn; b) über die Errichtung eines Eisenbahn-Stadtbüros in Laibach. 5.) Allfällige sonstige Anträge.

— (Eingerückt.) Die beiden Batterien 7 und 9 des 12. Artillerieregiments sind vorgestern vom Occupationsschuppen in Laibach eingerückt. Am 1. November wird das Eintreffen einer weiteren Batterie desselben Regiments hier erwartet.

— (Konzert.) Der Pianistin Frau Toni Raab und dem Violinisten Herrn Sauret, welche am 9. November d. J. in Laibach zu konzertieren beabsichtigen, wurde hierzu vom Landesausschusse die Benützung des landschaftlichen Nebentheaters bewilligt.

— (Constitutioneller Verein.) Neermorgen um 7 Uhr abends hält der constitutionelle Verein im blauen Saale des Käfinovvereins seine 69. Monatsversammlung ab. Zur Discussion gelangen hiebei: die Frage der bosnischen Occupation und die österreichische Kabinettsskrise, sowie die abgelaufene Landtagssession.

— (Tombola.) Wie man uns aus Oberlaibach mittheilt, fand Sonntag den 20. d. M. daselbst eine öffentliche Tombola statt, deren Reinertrag den Verwundeten und zum Theil den hilfsbedürftigen Familien der einberufenen Reservisten gewidmet wurde. Die Gewinne wurden von den Damen in Oberlaibach und Umgebung freiwillig gespendet. Die Betheiligung war eine sehr rege, sowol vonseite der einheimischen Bevölkerung als auch von jener der Umgebung. Das Reinertrag der Tombola sowie des darauf gefolgten Konzertes mit Kränzchen belief sich auf 155 fl. Das betreffende Comité erucht uns, in seinem Namen an dieser Stelle allen, die zum Gelingen der Unterhaltung beigetragen haben, in erster Linie den Bestspenderinnen und den beim Konzerte mitwirkenden Mitgliedern, seinen Dank auszudrücken.

— (Verhaftung eines Schwindlers.) Über Requisition des Herrn Magistratsrathes Perona wurde diesertage der Sollicitator L. eines hiesigen Advokaten am Grazer Bahnhofe verhaftet und dem Laibacher Landesgerichte eingeliefert. Der Verhaftete soll sich eines größeren Betruges schuldig gemacht haben, worüber man der T. Btg. aus Laibach folgende Details mittheilt: „L. hatte vor 4 Monaten der Besitzerin der Muschallischen Artilleriekaserne, Fräulein Ulbing, in der Tinnau mitgetheilt, er sei im Stande, die Artilleriekaserne unter sehr glänzenden Bedingungen an das Aerar zu verkaufen, es sei jedoch nötig, die betreffenden Referenten im Kriegsministerium und beim Grazer Generalkommando zu bestechen. Fräulein Ulbing schenkte dem Sollicitator Glauben und folgte ihm die von ihm verlangte Summe von 1850 fl. aus. L. reiste angeblich nach Wien und Graz und kam nach einigen Tagen nach Laibach zurück. Er theilte dem Fräulein Ulbing mit, der Verlauf der Kaserne sei sicher und werde in etwa drei Monaten ab-

